

Antrag

des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP

Haltung des Ministerpräsidenten zu einer allgemeinen Impfpflicht

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob der Ministerpräsident an seiner Aussage aus der Plenardebatte vom 07.12.2021 im Hinblick auf eine allgemeine Impfpflicht, „wir zwingen niemanden, dass er geimpft werden muss. Niemand landet im Gefängnis, wenn er sich nicht impfen lässt“ (Plenarprotokoll 17/21 vom 07.12.2021 S. 983), festhält;
2. wie sein Konzept zur Umsetzung einer allgemeinen Impfpflicht konkret aussieht;
3. weshalb die Landesregierung keine Initiative zur Impfpflicht im Bundesrat anstrengt.

13.01.2022

Dr. Rülke, Goll, Haußmann, Dr. Kern, Birnstock, Bonath, Brauer, Fischer, Haag, Heitlinger, Dr. Jung, Karrais, Dr. Schweickert, Trauschel FDP/DVP

Begründung

Bei der Landtagsdebatte am 07.12.2021 forderte Ministerpräsident Kretschmann eine allgemeine Impfpflicht und äußerte sich zu seinen Vorstellungen. Wörtliche sagte er:

„Deswegen ist letztlich eine allgemeine Impfpflicht erforderlich. Das ergibt sich aus der Ansteckungspotenzialität dieses Virus. – Kollege Rülke, wie wir das genau umsetzen und in welchen Grenzen, müssen wir dann intensiv diskutieren. Aber erst mal muss man ja eine Grundentscheidung treffen, ob man überhaupt dafür oder dagegen ist. Und dann wird man das im Lichte dessen, was möglich ist, was die Grenzen sind, was zumutbar ist – sowohl für die Mehrheit als auch für die Minderheit –, besprechen und zu entsprechenden Ergebnissen kommen. Ich glaube, bestimmte Grenzen haben wir schon deutlich gemacht, etwa, dass es keinen Impfwang gibt. Das heißt, wir zwingen niemanden, dass er geimpft werden muss. Und die andere Grenze ist: Niemand landet im Gefängnis, wenn er sich nicht impfen lässt. Das sind ja schon mal sehr wichtige Grenzen. Ich habe noch niemanden gehört, der etwas Anderes möchte, der die Grenzen darüber hinaus ausweiten will. Also ist doch schon mal klar, in welchem Rahmen sich das überhaupt ausgestalten kann.“ (Plenarprotokoll 17/21 07.12.2021 S. 983)

Zu diesen Äußerungen stellen sich einige Fragen, die durch diesen Antrag geklärt werden sollen.